

# Freiburger Nachrichten

## Anzeiger für die westliche Schweiz

Erscheinen wöchentlich dreimal

Abonnementpreise: Einzelhefte: 1.00, 2.00, 3.00, 4.00, 5.00, 6.00, 7.00, 8.00, 9.00, 10.00

Verlagspreis: 1.00, 2.00, 3.00, 4.00, 5.00, 6.00, 7.00, 8.00, 9.00, 10.00

Redaktions- und Verlagsbüro: St. Paulsbrunnengasse, Freiburg

Verleger: Schönbauer & Vogler, Freiburg

### Anerkennung nicht Eitel

Am Sonntag, den 8. Juni hat in Baden (Kanton Aargau) der kantonale Parteitag der christlich-sozialen Partei stattgefunden. Bei diesem Anlasse fernzeichnete Prof. Dr. Decurtins, unzweifelhaft der kompetenteste Sachkenner, den die Schweiz auf diesem Gebiete besitzt, die kirchliche und soziale Politik des Kantons Aargau in den zwei nachfolgenden Resolutionen, welche mit Einmütigkeit von der Versammlung angenommen wurden:

I. „Der christlich-soziale Kartelltag des Kantons Aargau vom 8. Juni 1913 beschließt nach Anhörung eines Referates von Herrn Universitätsprofessor Dr. Decurtins über die leitenden Ideen des Pontifikates Pius' X., nach besten Kräften zielbewusst und systematisch einen ausgesprochenen katholisch-demokratischen Kurs in der Politik zu fördern, den interkonfessionell energisch abzuzeichnen und in diesem Sinne und Geiste die Jugend zu ihren Organisationen heranzuziehen, auf daß auch unser Volk sich erneuere im Geiste der römisch-katholischen Kirche.“

II. „Der christlich-soziale Kartelltag vom 8. Juni 1913 beschließt, in Anbetracht, daß nur sehr wenige Protestanten der christlich-sozialen Organisation angehören und mit der Bezeichnung „christlich“ heute allgemein ein die Begriffe verwirrender Mißbrauch getrieben wird, sich katholisch-soziale Vereinigung des Kantons Aargau zu nennen.“

Wir haben uns über diese Kundgebung ungenötigt gekümmert, denn dieselbe bedeutet eine mutige, unzweifelnde Stellungnahme zur leitenden Idee des Pontifikates unseres hl. Vaters und eine entschlossene Ablehnung aller interkonfessionellen Zerkleinerungen. Auch stellen sich damit die Organisationen des Kantons Aargau wiederum fest und ausdrücklich auf jenem Boden, auf welchem man unter dem Pontifikate Leo's XIII. in der „Union de Fribourg“ und in der Gründung der katholischen Männer- und Arbeitervereine (1887) angefangen hat, in der Schweiz katholische Sozialpolitik zu treiben. Wir hatten erwartet, daß seitens der katholischen Presse dieses Vorgehen unserer lieben Freunde im Aargau die verdiente Würdigung und Anerkennung finden würde.

Küßfälliger Weise ist es nun ein katholisches Blatt des Kantons St. Gallen, welchem die älteste Doppelresolution zu katholisch klingt.

Gegen Nr. I der Resolution wird eingewendet, dieselbe richte sich „ziemlich direkt gegen die schweizerische konservative Volkspartei“; darum werde der nächste konservative Parteitag zu entscheiden haben, „ob er es für notwendig findet, sich zu äußern oder nicht.“ Dieser Satz klingt ungefähr so lächerlich, wie jene Behauptung, welche vor Zeiten unser selbige Geometrie-professor seinen Schülern zu diktieren pflegte: „Eine jede Linie ist entweder krumm oder gerade oder auch nicht“. Letzteres ist die Annahme des Parteitag als Ablehner offenbar grundverfehlt. Denn unseres Wissens steht im Organisationsstatut der genannten weltanschaulichen Volkspartei ausdrücklich zu lesen: „§ 2. Die kantonalen Parteioptionen sind hinsichtlich der kantonalen Politik absolut selbständig.“

Infolge dessen steht zu erwarten, daß der Parteitag gemäß der ihm angebotenen Telezettel dem Aargauer Volk wohlgefallen wird, nach ihrer eigenen Fassung selbige zu werden, gerade so gut wie auch die Solothurner und Baselstädter sich als katholische Volkspartei betiteln, ohne daß sie dafür bisher irgendwelcher interkonfessionellen Beschränkung von maßgebend sein wollender Seite ausgesetzt waren.

Mit besonderem Nachdruck wendet sich aber der Kritiker gegen den zweiten Teil der Resolution. Denselben wird vorgeworfen, er treibe einen Keil in die christlich-soziale Bewegung der Schweiz hinein. Der unselbige Bruderzorn in Deutschland drohe auch auf unser Land überzugreifen, um den interkonfessionellen Charakter der christlichen Gewerkschaftsbewegung ins Wanken zu bringen. Das sei aber sehr schlimm, denn „was der Heilige Vater über die deutsche Verhältnisse gesagt hat, gilt nicht ohne weiteres auch von den schweizerischen“. Dann wird den Aargauern vorgeworfen, sie haben mit ihrer Resolution „die Rücksicht auf andere und auf die Gesamtsituation wohl etwas außer Acht gelassen“. Die katholische Presse habe die Pflicht, hier den Anfängen

zu wehren und „vor einer Kopie der deutschen Verhältnisse zu warnen, weil diese Kopie äußerer Zustände des großen Nachbarreiches dem innersten Weizen der schweizerischen Verhältnisse zuwider ist“.

Der Verfasser dieser Sätze merkt offenbar nicht, daß er mit seiner Warnung vor der „Kopie deutscher Verhältnisse“ sich selbst ins Gesicht schlägt, denn es liegt doch auf der flachen Hand und ist bis jetzt von Niemandem im Ernste bestritten worden, daß die interkonfessionelle Gewerkschaftsorganisation der Schweiz den reichsdeutschen sogenannten München-Obbacher-Gewerkschaften so ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern, und daß diese schweizerischen Organisationen in ihrem ganzen Wesen eine genaue Kopie der genannten reichsdeutschen Organisationen darstellen. Was die Aargauer getan haben, ist also das genaue Gegenteil einer Kopie; es ist der Verzicht auf die Kopie und die Rückkehr zum Original. Es ist die Rückkehr zum Prinzip: „Katholisch sind wir und katholisch wollen wir auch heißen“.

Ungemein possierlich nimmt sich aber die Behauptung an, was der Papst in der Gewerkschaftsengpass-Rede erklärt und vorschreibt, das beziehe sich nur auf Deutschland und keineswegs auf die Schweiz. Der Herr, welcher dieses behauptet, möge doch gefälligst nochmals die Gewerkschaftsengpass-Rede lesen, und uns den Satz zeigen, durch welchen der Papst die Reprobalion der interkonfessionellen Berufsorganisationen auf Deutschland einschränkt und erklärt, daß die ganze theologische Begründung dieser Reprobalion für Deutschland allein Geltung habe, und daß für die Alpenabhänge der helvetischen Republik ein besonderes Ausnahmegericht bestimme zugunsten interkonfessioneller Berufsorganisationen. Ist Tat und Wahrheit leidet der Papst seine Schlussnahmen aus höchsten dogmatischen Sätzen ab. Wie daher die Prämissen seiner Schlussfolgerung für alle Katholiken gelten, so gilt vernünftiger Weise auch der logische Schluss für Alle, mögen sie die Interaktion Willkür sein oder unter dem Scepter des schweizerischen Bundespräsidenten stehen.

Aus diesen Erwägungen nun ergibt sich der Schluss, daß die Aargauer sehr gut daran getan haben, ihre Resolution zu fassen. Weder die lenkensame Argumentation ihres neuesten Kritikers, noch die temperamentsvolle Predigt „mehrere Christlichsozialer“ im „Sprechsaal“, noch die zühende Warnung gegen „gewisse geheime Absichten, gegen unsere Bewegung, die da und dort bestehen mögen“, werden im Stande sein, sie in ihrer konsequenten katholischen Stellungnahme zu erschüttern. Steht es doch außer allem Zweifel, daß die große Mehrheit des katholischen Schweizervolkes diesen wackeren Männern die aufrichtigste Sympathie entgegenbringt.

### Die neue Schweizerbürger-Initiative.

Im Zentralblatt für Staats- und Gemeindeverwaltung wird ausgerechnet, welchen Einfluß auf die Zusammensetzung des Nationalrates eine neue Initiative Bonallaz-Hochstrasser-Bopp (Schweizerbürger-Initiative) hätte. Sie würde bekanntlich eine Abänderung des Art. 72 S. 2. bringen, in dem Sinne, daß nicht die Gesamtbevölkerung, sondern nur jene schweizerischer Nationalität als Grundlage für die Verteilung der Nationalratsmandate gewählt werden soll. Nach jener Zusammenstellung würden verlieren: Der Kanton Zürich 4 Mandate, je 2 im ersten und zweiten Wahlkreis; Bern 3 (1 Oberland, 1 Seeland und ein Jura-Nord); Solothurn 1; Baselstadt 1; Baselland 1; St. Gallen 2; (Stadt St. Gallen und Kirchschaffhausen); Thurgau 2; Tessin 2; Waadt 3 (2 im Wahlkreis Nigle-Saulanne-Dron und 1 im Wahlkreis Grandson-Orbe); Neuchâtel 2 und Genève 3; die ganze Verteilung würde um 27 Mitglieder vergrößert, also auf 162. Keine Mandate verlieren die Kantone Luzern, Uri, Schwyz, beide Unterwalden, Glarus, Zug, Freiburg, Schaffhausen, beide Appenzell und Valais. Die Kreise, die eine Einbuße erleiden, sind namentlich solche an der Grenze, solche mit viel Industrie und die größten Städte.

### Ans der Bundesversammlung

Bern, 17. Juni.

Der Bundesbeschluss betr. den vom Bundesrat für das Jahr 1914 den Kantonen für die persönliche Ausübung der Rekruten und die Rekruten zu leistenden Vergütungen wurde nach kurzem Referat von Vonthore, Neuchâtel genehmigt.

Darauf wurde die Beratung des Geschäftsberichtes pro 1912 fortgesetzt. Departement des Innern. Referent ist Dr. Bühler, Bern.

Die Kommission hält die gezielte Regelung des Automobiltaxens für dringend; nachdem der erste Versuch misslungen, ist die Erweiterung des Kontrabandes wünschenswert; dann ist zu hoffen, daß wir nach und nach doch zu einer einheitlichen Gesetzgebung kommen. Die Regelung der Luftschiffahrt ist weniger dringend.

Zum Schulwesen bemerkt die Kommission, sie empfinde das Postulat um Erhöhung der Subvention des Bundes für die Volksschule neuerdings der wohlwollenden Prüfung und Ausführung, sobald die Finanzlage des Bundes es gestattet.

Das Landesmuseum erfreut sich eines hiesigen zehnjährigen Bestandes, was ihm sehr, ist der Platz. Auch die Frequenz der Landesbibliothek ist im letzten Steigen begriffen.

Zum Zweck Eintritt in die Eidgenössische Technische Hochschule müßten bisher die Zubehörer der eidgen. Nationalitätsgenüsse die vollständige Aufnahmeprüfung ablegen. Nach Beschluß des Schulkollegiums vom 6. Juni 1912 werden nunmehr diese Zeugnisse anerkannt, mit dem Vorbehalt, daß deren Inhaber durch eine Nachprüfung oder durch ausreichende Zeugnisse in Mathematik, darstellender Geometrie und Physik den Besitz derjenigen Kenntnisse nachzuweisen, die vom Aufnahmeprüfung gefordert werden.

Redner berührt unter „Pflege der Kunst“ den gegenwärtig wieder ausbrechenden Kunststreit und glaubt die Jury gegen den Vorwurf, parteiisch vorzugehen, in Schutz nehmen zu müssen.

Betreffend Nationaldenkmal in Schwyz wird von der Jury das Projekt des Herrn Bildhauer, Zimmermann und Architekt Hartmann zur Ausführung empfohlen.

Seidel, Jülich (Soz.), entwickelt ein schulpolitisches Programm.

Bundesrat Decoppet empfiehlt den Beitritt zum Automobiltaxenvertrag, dessen Frist (zum Eintritt) bis 1914 verlängert worden sei. Die Wünsche betr. Schulsubvention, mit der wohl jedermann einverstanden ist, hätten an das Finanzdepartement gerichtet werden sollen.

Dr. Hoffmann, Thurgau, ist beunruhigt über die einseitige Nationalität, welche die Funktionen der eidgen. Ratist. Bureaus mit Interesse verfolgen. Heute ist er wieder scharf kritisch. Schon 1900 hat Redner die Aufnahme der Studentenratsratist mit Stützungsstellen, Genere, Präsidenten, Mitglieder, Beisitzhummeln etc. im schweizerischen Jahrbuch von 1899 festgesetzt und behauptet, daß eine solche Spielerei nicht in ein wissenschaftliches Werk hineingehört. Darunter sei. hat bemerkt dazu einen Vers gemacht:

O glückliches Gebelein,  
Wo der Zahlerrat zu solchen Kindereien  
Noch Lust und Muße hat.

Seine Kritik hat dann nur soviel genügt, daß diese Kindereien statt im Jahrbuch in der vom Bundesrat subventionierten Zeitschrift für schweizerische Statistik erscheinen sind. Gelehrte, Statistiker ärgerten sich über diese Spielereien. Redner war schon 1900 überzeugt, daß man das statistische Bureau fortzusetzen lasse. Mit der Statistik im allgemeinen sind wir im Hintertreffen. Und in der Sozialstatistik wird gar nichts geleistet.

Daumont (Jura) regt zur Schaffung größerer Raumverhältnisse in der Landesbibliothek an.

Greter, Kaufmann, ist weniger für ein Nationaldenkmal begeistert als Referent Bühler und ersucht den Bundesrat, sich damit nicht zu beeilen, bevor die Frage der Opportunität besser geklärt sei.

Abrian von Uri (Solothurn), verlangt mit dem Vorredner, daß sich der Bundesrat nicht zu weit einlasse mit diesem Nationaldenkmal.

Dr. Bühler, Landmann Schwyz:

„Ich danke vorab meinem Namensvetter aus Graubünden, der den Kanton Vercin vertritt, für seine äußerst sympathischen Worte, die er dem Nationaldenkmal gewidmet hat. Dagegen muß ich Ihnen bekennen, daß wir Urschweizer sonst gewohnt sind vom Leinan her, wo man Freude hat an der einfachen Lebensweise unseres Volkes, das auf eine mühelose Geschichte zurückblickt, freundlicher behandelt zu werden. Nun schäme ich Herrn Secretan viel zu hoch, als daß ich seine Versicherungen als Ausfluß der Unzufriedenheit gegen die Urschweizer betrachte: er hat wohl nur seiner Abneigung gegen ein allgemeines Denkmal Ausdruck geben wollen. Auch von den Ufern der Aare sind wir nicht freundlich angegangen worden, trotzdem der Dichter vom Dornacher Felsenspiel auch nicht Zukunftsmissmut gemacht, sondern historische Tatsachen besungen hat.

Der Gedanke des Nationaldenkmals ist gefaßt worden 1891 an der 600. Jahrsfeier der Gründung der Eidgenossenschaft, an jener herrlichen Zeit, wo kein Schweizerzunge vor patriotischer Begeisterung trocken blieb. Und es waren die Herren Bundesräte Wetti, Schenk, die den Gedanken lebhaft unterstützten und wir haben uns gefügt, wir wollen ein Denkmal errichten zur Erinnerung an die Gründung unseres lieben Vaterlandes und wir wollen hiezu sein Opfer scheuen. Wir dürfen mit Freuden sagen, daß wir beim Bundesrat Entgegenkommen gefunden haben, namentlich bei Bundesrat Kuchel, müssen allerdings bekennen, daß das künstlerische Können mit dem künstlerischen Willen nicht Schritt hielt. Es ist doch nicht richtig, daß von den innen-schweizerischen Denkmalern nur der Löwe von Luzern künstlerisch etwas taugt. Das Teufelndenkmal in Altdorf, das Winklerdenkmal in Stanz, der Schillerstein und Hülli sind Denkmäler, die allgemein Bewunderung genießen. Wir erwarten, daß der Bundesrat den eidgen. Räten d. h. einer Kommission vorlegen und daß dann endgültig Beschluß gefaßt werde. Die Frage, ob ein Nationaldenkmal überhaupt zu errichten sei, ist durch das bisherige Verhalten des Bundesrates als gelöst zu betrachten. Was den Entwurf anbetrifft, mag es ja schönere Kunstwerke geben, wir glauben aber, daß sich das Monument gut präzentiert. Das Innere soll durchaus Zwecken patriotischer Erhebung dienen. Wir denken eine Sammlung anzulegen aller Freiheitsbriefe, die noch gut erhalten sind und in Schwyz aufbewahrt werden. Wir wollen sie vor Zerkleinerung sichern und allen Eidgenossen zugänglich machen, damit wollen wir noch eine Sammlung historischer Objekte, zum Teil Waffen und Embleme verbinden. Wir wollen ein Denkmal stiften für eine reichhaltige Vergangenheit durch Darstellung geschichtlicher Wahrzeichen und eine glückliche Zukunft durch diese verherrlichende schweizerische Malerei.

Es sind keine egoistischen Gründe, die unser Verlangen nach einem Denkmal beherrschen. Wenn aber allen möglichen Dingen Denkmäler errichtet werden, gebührt der Gründung unseres Vaterlandes zuerst ein Denkmal. Die Kunstkommission und der Bundesrat werden den endgültigen Entscheid treffen, wir verlangen Prüfung ohne Voreingenommenheit, Prüfung mit Wohlwollen. Sollte dann gefunden werden, daß das Denkmal sich am vorgeschlagenen Platz nicht eignet, werden wir uns ohne Bitterkeit dem Entscheid fügen.“

Bundesrat Decoppet bekundigt für das Nationaldenkmal alle Sympathie, der Entscheid liegt jedoch bei der Bundesversammlung. Referent Bühler hält gegenüber Secretan und von Uri daran fest, daß er sich mit einem mittelmäßigen Werk nicht begnügen könnte, aber an die Schaffung eines würdigen Kunstwertes glaube. Damit ist dieses Kapitel erledigt.

Dr. Studt, Bern, bedauert in seinem Referat über das Gesundheitsamt, daß das sanitäre Obligatorium für die Ärzte durch ein finanzielles Semestrier erstickt worden ist. Zur Ausbildung der Ärzte ist das Assistenzwesen unentbehrlich.

Scheidegger, Bern, macht kritische Bemerkungen in petto über die Unfallmedizin.

Schmidheini, St. Gallen, referiert über Oberbaupolizei, Landeshydrographie etc.

Dr. Hofmann, Thurgau, verlangt, daß der Bundesrat der Bodwasseruntersuchung des Bodensees seine Aufmerksamkeit schenke.

Jurburg, St. Gallen, weist darauf hin,

daß durch rationellere Ausbeutung der Jagd größere Einnahmen erzielt werden könnten.

Bundesrat Decoppet teilt mit, daß der Bundesrat dem Protokoll der letzten Konferenz mit Italien die Genehmigung verweigert habe.

Schwander, Baselstadt, ersucht den Bundesrat, Vorschriften zu erlassen, wonach Gesellschaften bei Ausführung von elektrischer Kraft auf Erhaltung der Landschaftsbilder und auf die Landwirtschaft Rücksicht zu nehmen haben.

Deschenaux, Freiburg, erinnert in Anknüpfung an die Ausführungen Zurborgers über die Jagdgesetzgebung an ein Versprechen von Seiten des Bundesrates, das den Kantonen für Jagdwildaussetzungen Subventionen bis zu 30 % in Aussicht gestellt werden sollen und zwar auf dem Budgetweg.

Gaubard, Waadt, referiert über das Justiz- und Polizeidepartement.

Bühlmann, Bern, konstatiert, daß der Übergang vom alten zum neuen Recht (1912) ohne wichtige Fristen vor sich gegangen ist und daß das neue Recht sich rasch einleben wird.

Pflüger, Zürich, beleuchtet die Schwierigkeiten bezüglich der Rechtspflege Minderjähriger.

Der Ständerat setzte die Beratung der Militärversicherung fort. In der Detailberatung wird der Abschnitt allgemeine Bestimmungen erörtert.

Schweiz

Der König von Belgien hat vom Hotel Belle Vue auf Simplan-Rufin, wo er mit einem Offizier vom 10. bis 14. Juni unter strengem Incognito weilte, einige Bergbesteigungen ausgeführt.

Von Lausanne nach Bern in 45 Minuten. Letzten Dienstag morgens 9 Uhr 15, ist Herr Wiber auf der Rückkehr von Lausanner Schauliegen glücklich in Bern gelandet und zwar mit Passagier.

Das Kaiserjubiläum und der Bundesrat. Anlässlich des Regierungsjubiläums des deutschen Kaisers sandte der Bundesrat folgende Gratulationsbeispiele ab:

An Seine Majestät Wilhelm II, Berlin. Eurer Majestät entbietet der schweizerische Bundesrat zu der Feier Ihrer gegenwärtigen fünfundsiebenzigjährigen Regierungzeit seine herzlichsten Glückwünsche.

Der deutsche Kaiser antwortete mit folgendem Telegramm: „An den schweizerischen Herrn Bundespräsidenten, Bern. Dem schweizerischen Bundesrat spreche ich für die freundlichen mich hochverehrten Glückwünsche meinen aufrichtigen Dank aus.“

Eisenbahnzusammenstoß in Basel. Am letzten Dienstag früh stieß im Bundesbahnhof in Basel am Ende des Einfahrtsgleises ein Güterzug auf eine Wagenkolonne, die über den Sicherheitspfeil des benachbarten Gleises hinausragte.

Burgdorf-Thun-Bahn. Die Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 1912 berzeigt einen Mittelsaldo von Franken 255,877.09 (davon Fr. 203,035.55 Ueberfluß der Betriebs-einnahmen).

Die Furka- und Gemmelstrasse und die Straße nach Brig sind für den Verkehr geöffnet.

Programme für den IV. Schweizerischen Katholikentag 2., 3., 4. und 5. August 1913 in St. Gallen

Samstag den 2. August Delegiertentag.

1 Uhr nachmittags in der Stiftsbibliothek: Eröffnung der Ausstellung für christliche Kunst.

2 Uhr im Festsaal des Casino: Delegiertenversammlung des Schweiz. katholischen Volksvereins.

4-5 Uhr in der Aula der Kantonschule: Versammlung des Schweiz. katholischen Erziehungsvereins.

4-5 Uhr im Bibliotheksaal, Kantonschule: Delegiertenversammlung des Vereins kathol. Lehrer und Schulmänner der Schweiz.

4-5 Uhr im Casino-Spelsaal: Öffentliche Versammlung des Hochschülervereins Freiburg.

5 Uhr im Casino-Spelsaal: Geschäftliche Sitzung des Hochschülervereins Freiburg.

5 Uhr im Bibliotheksaal, Kantonschule: Versammlung der Sektion für Erziehung und Unterricht gemeinsam mit dem Schweiz. kathol. Erziehungsverein, dem Vereine katholischer Lehrer und Schulmänner der Schweiz und dem Verein katholischer Lehrereimen.

7 Uhr: Feierliches Glockengeläute.

8 Uhr im Schützengarten: Begrüßungsabend. Sonntag den 3. August.

6 Uhr Tagwache: Choralmusik.

5-8 Uhr: Hl. Messen in der Kathedrale.

8 1/2-9 1/2 Uhr feierlicher Gottesdienst für die Teilnehmer aus der französischen Schweiz in St. Othmar.

8 1/2-9 1/2 Uhr feierlicher Gottesdienst für die Teilnehmer aus der italienischen Schweiz in St. Fiden. (Gleichzeitig bei günstiger Witterung Messe hl. Messen im inneren Klosterhof.)

10-11 Uhr: Gottesdienst für die Dompfarrei mit Predigt und hl. Messe.

10-11 1/2 Uhr: Versammlung der katholischen Arbeiterorganisationen in der Volkshalle, Kreuzbleiche.

10-11 1/2 Uhr Generalversammlung der Schweizer. kathol. Jünglingsvereine im Hof der Kantonschule, bei schlechtem Wetter in der dortigen Turnhalle.

10-11 1/2 Uhr: Generalversammlung der Schweizer. kathol. Gesellenvereine im Bibliotheksaal, Kantonschule.

11 1/2 Uhr: Letzte hl. Messe in der Kathedrale, 12 Uhr: Mittagessen.

1 1/2 Uhr: Sammlung nach Kantonen auf dem Brühl, Festzug zum Klosterplatz. Kurzer, allgemeiner Eröffnungsakt. Abmarsch zu den Versammlungsorten.

Erste Deutsche Hauptversammlung (gleichzeitig in zwei Abteilungen). Abteilung I: Klosterplatz. Abteilung II: Innerer Klosterhof. (Bei schlechtem Wetter I. Abteilung in der Kathedrale, II. Abteilung in der Volkshalle.)

Abteilung III: Klosterplatz. (Bei schlechtem Wetter I. Abteilung in der Kathedrale, II. Abteilung in der Volkshalle.)

Abteilung IV: Klosterplatz. (Bei schlechtem Wetter I. Abteilung in der Kathedrale, II. Abteilung in der Volkshalle.)

Abteilung V: Klosterplatz. (Bei schlechtem Wetter I. Abteilung in der Kathedrale, II. Abteilung in der Volkshalle.)

Abteilung VI: Klosterplatz. (Bei schlechtem Wetter I. Abteilung in der Kathedrale, II. Abteilung in der Volkshalle.)

Abteilung VII: Klosterplatz. (Bei schlechtem Wetter I. Abteilung in der Kathedrale, II. Abteilung in der Volkshalle.)

Abteilung VIII: Klosterplatz. (Bei schlechtem Wetter I. Abteilung in der Kathedrale, II. Abteilung in der Volkshalle.)

Abteilung IX: Klosterplatz. (Bei schlechtem Wetter I. Abteilung in der Kathedrale, II. Abteilung in der Volkshalle.)

Abteilung X: Klosterplatz. (Bei schlechtem Wetter I. Abteilung in der Kathedrale, II. Abteilung in der Volkshalle.)

10-12 Uhr: Literarisch-belletristische Sektion und Sektion für Kunst im Großratsaal. Nachmittags. 1/2 1 Uhr: Fahrt nach Appenzell mit Extrazügen. Patriotische Feuer auf dem Platz vor dem Kollegium St. Anton mit besonderem Programm. Besichtigung der Ausstellung im Kollegium.

Schwere Anfälle

Untaten des Blitzschlages.

Während eines heftigen Gewitters vom letzten Dienstag wurde in der Gegend von Illeret (St. Zimmerthal) der Holzhauer Todechini, der sich unter einem Baum geflüchtet hatte, vom Blitz erschlagen.

In Blichtrach (an der Linie Bern-Thun), wurde der Turm der Kirche durch Blitzschlag in Brand gesetzt. Das Feuer konnte erst nach mehrstündiger Arbeit und nachdem die Turmspitze in die Tiefe gestürzt war, gelöscht werden.

Das Regierungsjubiläum Wilhelms II. Am letzten Dienstag den 17. d. war in Berlin großer Festtag.

Die Wehrvorlage in der franz. Kammer. Mit 375 gegen 150 Stimmen wurde am 17. ds. von der französischen Kammer die Dringlichkeit, und mit 281 gegen 189 Stimmen die artikelweise Beratung des Gesetzes betreffend Verlängerung der Militärdienstzeit beschlossen.

Die englische Regierung befindet sich in einer sehr peinlichen Lage. Kaum daß sie mit heiler Haut der Marconi-Affäre entronnen ist, ist schon wieder ein neuer Skandal offenbar geworden.

Durch eine Mine zerstört wurde in von Rhöde der Smyrna der italienische Segler „Elettra“.

Der Generalkrieg in Mailand, welcher am 14. d. mitternachts, wurde dann auf den 16. angelegt und teilweise durchgeführt.

Das neue türkische Kabinett. Amlich wird die Zusammenziehung des Kabinetts folgendermaßen angegeben: Großwesir Enid Halim Pascha, Scheik ul Islam Mehmed Effendji, Neuhjeres Misaat Pascha, Dol-

schafter in Paris, Krieg Budget, bisher Generallimus, Inneres Talaat Bei, Vorsitzender des Staatsrats Gabschi Nihil Bei, Justiz Ibrahim Bei, Marine Mahmut Pascha, Finanzen Misaat Bei, fromme Stiftungen, Haiti Bei, Unterrichts Schükt Bei, Handel und Landwirtschaft Wikant, Post und Telegraph Osman Effendi.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Kanton Freiburg

Der große Spaziergang des Kollegiums

in die Wäldchen unserer lieben Schweiz, ins herrlichste Gebiet des Berner Oberlandes, hat am letzten Dienstag bei außerordentlich günstigen Witterungsverhältnissen stattgefunden.

Der Extrazug, welcher Freiburg halb 5 Uhr verließ, brachte das Bataillon um 7 Uhr — auf die Minute genau — in Interlaken-Ost an.

Kein Körner Schmutzstaub lag mehr auf den Seelen der — Professoren. Von den Jünglingen gar nicht zu reden; denn diese kann er nicht anhaften; die Natur kräubt sich zu sehr dagegen.

In Lauterbrunnen ging es nun, wie es geht, wenn das Bataillon „zur Militärschule“ beordert und in Kompagnien, Sektionen und Gruppen geteilt wird, unter dem Kommando der Offiziere und Unteroffiziere.

Die übrigen „Kompagnien“ lösten sich in Sektionen und Gruppen auf und gingen unter Führung der Klassenprofessoren „ihre eigenen Wege“.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.

und Norden aber das tiefe Zura hin. Obgleich mit Schnee fast bis ins Herz hinein, ist so starker feineswegs gefühllos.

Unter dessen hatte der vollkommene Viter so ungezogen seines niederträchtigen gewalt, daß der blaue Himmel Antlitz verhäßte.

„Mir ist bang um den Gast vom Großen Schilthorn herum Jungfrau, es wird seiner Küche zu der Tat tief der Appetit zu ihm wie ein fernes Bundesgeheim hören vermerkte.“

„Nun kam der Augenblick, in dem Kollegiumsamt nicht, wie sonst, ließ, die meisten ein höherer Konzeptionsartiger Aufführungen begonnener Jupiter tonans, der von zuckbegleitet mit dem rollenden Donner den schwarzen Wolken über das fuhr und mit dem Sturmgewühl winendonner des riesengetragenen uns ein erschütterndes grandiose spielte.“

„Dann fiel ein Regen so reichlich der Einflut erinnerte. Waren so viel wie der Spazierflod den Studenten tat das nicht; wie die Minister in der Königsalke mit Interesse dem Schaulustig vorbei war.“

„Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.“

„Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.“

„Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.“

„Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.“

„Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.“

„Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.“

„Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.“

„Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.“

„Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.“

„Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.“

„Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.“

„Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.“

„Die 4. Ministerzusammenkunft sollte nach russischen Wunsch in Petersburg stattfinden. Serbien hat zugestimmt. Montenegro und Griechenland haben ebenfalls angenommen.“

is, Kriegsgesetz, bisher Genera- des Landwehr, Vorkämpfer des...

und Norden über das tolle Land bis zum Jura hin. Dergleichen mit Schnee und Eis bedeckt...

Unter diesen hatte der wolkenschleudende Jupiter so ungezogen seines niederrichtigen Amtes gewaltet...

Freiburg

Spaziergang des Kollegiums. In der Tat lief der Appetit so laut, daß man ihn wie ein fernes Hundebell hören vermerkte...

Man kam der Augenblick, in welchem sich die Kollegiumsmitglieder nicht, wie sonst üblich, hören ließ...

Universität. Promotion. Am verflorenen Samstag erwarb sich der S. S. P. Ignaz Hess, O. S. B., zum Zeit Weichiger im Kloster St. Katharina in Wien...

Ein Bezirksrat der Freiburger Schützen hat am letzten Montag, den 16. d. in Broc stattgefunden. Es war dies die erste Veranstaltung dieser Art in unserm Kanton...

Die Resultate der Bezirke sind folgende: 1. See 394,94 Punkte 2. Greyser 389,886 "

Jahresversammlung des Freiburgerischen Erziehungsvereins. Freiburg schickte sich am Donnerstag, den 3. Juli, die Schulmänner und Schulfreunde des Kantons...

Der 29-jährige Sträfling Jean Pauli von Guggisberg, ein gefährlicher Verbrecher, ist am letzten Dienstag, den 17. d. aus dem Gefängnis in Freiburg entlassen worden.

Abblagen. (Korr.) Jubiläumsweltliche Feste mit Gruppenwettkampfen. 11. bis 14. Juli 1913. Namentlich sind die Klatsche für das rasch herannahende Fest...

Freiburger Schützen. Die Freiburger Schützen haben am letzten Montag, den 16. d. in Broc stattgefunden. Es war dies die erste Veranstaltung dieser Art...

Freiburger Schützen. Die Freiburger Schützen haben am letzten Montag, den 16. d. in Broc stattgefunden. Es war dies die erste Veranstaltung dieser Art...

Abblättern eingesezte Kommission im Herbst sich versammeln werde. Redner weist ferner auf die Schwierigkeiten bei der Heimführung der Zigeuner hin.

Über Handel, Industrie und Landwirtschaft referiert Walmer, Zuzern. Degler, Glarus (dem.), befragt über die Forderung der Kommission betreffend Hausierergesetz, Patenttagengesetz.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Die Revision des Patenttagengesetzes muß in Verbindung mit der Gewerbebegleichung vorgenommen werden. Wir können nicht eine Anzahl von Gesetzgebungen auf einmal erlassen.

Kaiser-Borax advertisement with logo and text: Kaiser-Borax, 2 1/2 kg, 5 kg, 10 kg, 20 kg, 50 kg, 100 kg, 200 kg, 500 kg, 1000 kg.

